Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 285. Donnerstag, 7. Dezember 1933, abends. 86. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Hemmung in Frankreichs Außenpolitik.

Die Drohung nach Genf.

Völkerbund ohne Versailles.

Mussolinis Absage an das Genfer System.

Die Würfel sind gefallen! Vor dem faschistischen Großrat stellt Mussolini den Austritt aus dem Völkerbund in Aussicht, wenn nicht durch eine sofortige und gründliche Reform eine vollständige Umgestaltung des Bundes der Nationen ermöglicht werde. Mussolinis Drohung mit dem Völkerbundaustritt kommt nicht überraschend. Bereits auf der Tagung des Korporationsrates am 14. November übte der Duce eine herbe Kritik am heutigen Völkerbund. „Der Völkerbund ist ausgegangen von herrlichen Grundsätzen, nichts ist geblieben!" so rief damals Mussolini und er fuhr fort: „Also müssen andere diplomatische Mittel gesucht werden." Solche „andere diplomatische Mittel" hat Mussolini bereits in den Sonderbesprechungen der europäischen Großmächte, die im Sommer 1933 zu dem sogenannten Viermächtepakt führten, vorbereitet. In seinen Besprechungen mit dem sowjetrussischen Außenminister Litwinow wird Italiens Staatschef auch die Möglichkeit einer größeren russischen Mitarbeit in einem künftigen europäischen Staatenbund erörtert haben. Nicht zufällig fielen der russische Staatsbesuch und die Tagung des faschistischen Großrats zusammen.

Gerüchte über Mussolinis bedrohliche Absichten mochten dem Völkerbunds-Generalsekretär Avenol zu Ohren gekommen sein. Deshalb suchte er vor wenigen Tagen Mussolini auf, um mit ihm ein künftiges Reformprogramm zu besprechen. Der Duce muß sich jedoch ziemlich ablehnend verhalten haben; denn Herr Avenol kehrte sehr betrübt und niedergeschlagen nach Genf zurück. Mussolinis Kritik an der Genfer Organisation trifft — das deutsche Volk stellt es mit Genugtuung fest — genau ins Schwarze. Niemals war der Völkerbund nach dem Wunsch und Willen seiner Schöpfer eine universale Völkergemeinschaft. Amerika und Rußland schlossen sich von vornherein aus und gerade Italien kam es bitter an, daß schließlich auch Deutschland und Japan Genf für immer verließen. Am 14. Oktober stand es unumstößlich fest, daß der Genfer Völkerbund seine Bedeutung für die europäische Politik vollkommen eingebüßt hatte.

Mussolini hält es für untragbar, daß jetzt in Genf die kleinen Mächte über Schicksalsfragen der großen Nationen zu entscheiden haben. Den kleinen Staaten soll ihr Recht gewiß nicht geschmälert werden. Aber es bleibt doch einmal Tatsache, daß nach wie vor die großen Mächte der Weltpolitik das Gesicht geben. In einem von Grund auf erneuerten Völkerbund müßten deshalb den Großmächten weitere Rechte eingeräumt werden. Mussolinis Kritik richtet sich ferner gegen das umständliche Verfahren, das aus lebendig politischen Wechselwirkungen bürokratische Spielereien macht. Unangenehme, peinliche Fragen werden in Genf durch Vertagungen heimlich in ein „Ehrengrab" verlenkt. Solche Methoden brachten den Völkerbund schließlich um jeden Kredit. Es hängt weiterhin dem „Bund der Nationen" auch heute noch an, daß er in unlösliche Verbindung mit dem Versailler Friedensvertrag gebracht wurde. Ein einziges Dokument umschließt die Satzung des Völkerbundes und die dem Geiste Genfs zuwiderlaufenden Friedensbedingungen. Es hat gewiß in den letzten Jahren nicht an Bemühungen gefehlt, diese Zusammenhänge zu lockern und unsichtbar zu machen. Psychologie war niemals die starke Seite der Genfer Herren. Hätten sie nämlich den Seelenzustand europäischer Völker (z. B. Deutschlands) gekannt, dann wäre es auch zu ihrer Kenntnis gelangt, daß in Deutschland bei dem Worte „Völkerbund" immer der böse Klang von Versailles mitschwingt. Und Versailles als Grundlage einer europäischen Staatengemeinschaft — eine Unmöglichkeit!

Mussolinis letztes Wort an den Völkerbund rechtfertigt nachträglich das Verhalten Deutschlands an Genf. Jedes Wort der Kritik, das auf Mussolinis Lippen kam, bezeichnet haargenau auch den deutschen Standpunkt. Dennoch hält Mussolini fest an dem Glauben, daß ein wirklicher Völkerbund, der das Vertrauen der Völker tatsächlich besitzt, durchaus denkbar und erstrebenswert ist. Der italienische Staatsmann wird keinesfalls zögern, im gegebenen Augenblick darüber nähere Vorschläge zu unterbreiten. Die Absicht Mussolinis trifft nicht den Grundsatz der internationalen Zusammenarbeit überhaupt; sie ist notwendig, weil sich sonst Europa selbst zerfleischen würde. Nur mit den üblichen Genfer Methoden läßt sich das Unheil, das heute Europa bedroht, nicht aufhalten.

Der Duce hat lange gezögert, ehe er sich zu dem offenen Wort an die Weltöffentlichkeit entschloß. Zeitweise — unter Außenminister Grandi und unter Sofagoja — arbeitete Italien in loyaler Weise am Völkerbund mit. Als ständiges Ratsmitglied kam es auch getreulich seinen mannigfachen Verpflichtungen nach. Mussolini mußte sich aber immer mehr davon überzeugen, daß mit den untauglichen Methoden des Genfer Bundes der europäische Friede nicht zu sichern ist. Dazu gehört vor allem nun neuer Geist, der von Hinterhältigkeit nichts weiß. Diesem Geist aber wollte gerade der Antirevisionsblock unter Frankreichs Führung nicht zum Durchbruch verhelfen.

Niemand soll sich verhehlen, daß Mussolinis Absage an den Völkerbund die europäische Staatenwelt in einen neuen Aufruhr versetzen wird. Am Widerstand der kleinen Mächte, die um ihre Zukunft bangen, wird Mussolinis Vorhaben nicht scheitern. Ernster ist jedoch Frankreich zu nehmen, dessen Politik (von wenigen Ausnahmefällen abgesehen) auf der Unverbrüchlichkeit der Verträge und auf der Dauerhaftigkeit der Genfer Organisation beruhte. Mussolinis Weckruf stellte alle europäischen Schicksalsfragen zur Entscheidung. Kein Staatsmann kann hier kneifen. Nicht nur Deutschland wird es schließlich dem italienischen Staatschef danken, daß er die unerträglich schwüle Atmosphäre Europas durch ein offenes klares Wort gereinigt hat. Sein oder Nichtsein einer neuen universalen Staatenorganisation steht jetzt zur Debatte. Wohlan, die Welt mag entscheiden!

Alfred Rosenberg schreibt im „Völkischen Beobachter": Knapp zwei Monate sind seit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund verstrichen und schon erhält das brüchige Gebäude einen erneuten Stoß, von dem es sich in seiner alten Form niemals mehr wird erholen können. Die einzelnen Punkte, die nach italienischer Anschauung durchgeführt werden müßten, um diese Voraussetzungen zu schaffen, sind im einzelnen noch nicht eindeutig bekanntgegeben, doch heißt es, daß die kleineren Mächte in ihrer Stimmabgabe Beschränkung erfahren müßten bei allen Problemen, die sie nicht unmittelbar oder nur zum Teil berühren, ferner müsse der ganze Apparat so weit vereinfacht werden, daß wirkliche Beschlußfassungen zustande kommen könen ohne immer neue Vertagungen. Zum dritten soll die ganze Institution in Genf vom Versailler Vertrag losgelöst werden.

Wenn sich die letzte Forderung bewahrheiten sollte, so wäre ein entscheidender Schritt für den Frieden Europas getan worden. Es wäre dann vielleicht möglich, auf einer neuen, der Vernunft und den Lebensnotwendigkeiten auch Deutschlands entsprechenden Grundlage die wichtigen Fragen europäischer Politik und Wirtschaft zu besprechen. Es wäre vor allen Dingen jene Voraussetzung geschaffen, auf die der Führer immer wieder hingewiesen hat, daß es nicht anginge, die Unterscheidung zwischen Siegern und Besiegten für alle Ewigkeit festzuhalten, um dadurch immer wieder neue Erbitterung hervorzurufen.

Der Führer und Reichskanzler hat in eindeutiger Weise erklärt, daß Deutschland nicht daran denke, auf eine internationale Konferenz zurückzukehren oder an einer neuen teilzunehmen, wenn nicht die Frage der Gleichberechtigung in eindeutiger Weise gelöst worden sei. Wenn also der italienische Vorstoß die Loslösung des uns diskriminierenden Versailler Vertrages vom Völkerbund fordern sollte, so wäre damit eine der Voraussetzungen geschaffen worden, nach deren Durchsetzung internationale Zusammenkünfte wieder als möglich erscheinen.

Wenn es zur Krise, und zwar zur katastrophalen Krise der Genfer Institution gekommen ist, so tragen die bestimmenden Mächte im Völkerbund selbst die entscheidende Schuld. Nach dem Vorstoß Italiens, der zweifellos Sympathien auch anderer Nationen genießt, bleibt dem Völkerbund nichts weiter übrig, als entweder den organischen Forderungen unserer Zeit Rechnung zu tragen, oder ins wesenlose Nichts zurückzusinken. Wir begrüßen die Entschließung des faschistischen Rates und hoffen, daß er das seinige beitragen wird zu einer Neugestaltung der politischen Lage und damit zu einer wirklichen Befriedung Europas.

•

Englands Stellungnahme

Die Stellungnahme des faschistischen Großen Rates gegenüber dem Völkerbund ruft in London das größte Interesse hervor. Man sei jedoch der Ansicht, daß in Wirklichkeit die Lage sich damit nicht erheblich verändere, sondern nur die Haltung bestätige, die die italienische öffentliche Meinung schon seit einiger Zeit eingenommen habe. Im Augenblick sei eine Stellungnahme amtlicher englischer Stellen nicht zu erhalten. In England richtet sich das Hauptinteresse im übrigen mehr auf die Abrüstungsfrage und die Besprechungen, die jetzt in verschiedenen Hauptstädten über die Abrüstung geführt werden. Man hoffe, daß sie bis zum Zusammentritt des Völkerbundrates nächsten Monat genügend fortgeschritten sind, um dem Büro der Abrüstungskonferenz, das wahrscheinlich gleichzeitig mit dem Völkerbundsrat tagen werde, die Feststellung zu ermöglichen, daß nunmehr eine geeignete Grundlage für die Fortsetzung des Abrüstungswerkes in Genf vorhanden sei.

Auswärtiger Ausschuß der französischen Kammer.

Herriot nur für Verständigung im Rahmen des Völkerbundes.

Paris. In der gestrigen Sitzung des **Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten** faßte zunächst der Abgeordnete Fribourg die **Stellungnahme des Ausschusses über das Saarproblem** folgendermaßen zusammen: Keine direkten Verhandlungen mit Deutschland über die Saarfrage, Durchführung der Volksabstimmung im Jahre 1935 gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages, Schutz der Saarländer gegen „Gewalttätigkeiten" seitens der nationalsozialistischen Partei, Sicherung der Freiheit und der geheimen Stimmabgabe bei der Volksabstimmung.

Der Abgeordnete Guernut nahm sodann Stellung zur Abrüstungskonferenz. Er verlangte vor allem genauen Aufschluß über die Erklärungen, die der englische Außenminister bei seiner Begegnung mit Daladier über die Probezeit abgegeben habe. Er wies darauf hin, daß Daladier bereits angedeutet habe, daß die damals eingegangene Verpflichtung nicht mit den späteren Erklärungen Simons im englischen Unterhaus übereinstimme.

Im Verlaufe der Aussprache wurde vom Ausschuß eingehend über eventuell mit der Reichsregierung aufzunehmende direkte Besprechungen diskutiert.

Hierbei äußerte der Abgeordnete Guernut den Wunsch, über die Besprechungen des französischen Botschafters in Berlin mit dem Reichskanzler genau unterrichtet zu werden.

Der Abgeordnete Ybarnegaray von der Gruppe Marin vertrat den Standpunkt, daß **der Völkerbund nicht mehr dieselbe Autorität besitze wie früher, da Deutschland, die Vereinigten Staaten, Japan und Sowjetrußland in ihm nicht vertreten seien und Italien nur noch aus Höflichkeit in ihm bleibe.** Wegen des Rücktritts Deutschlands scheine es unmöglich zu sein, Verhandlungen im Rahmen des Völkerbundes aufzunehmen. **Der Redner sprach sich für direkte Besprechungen mit Deutschland unter bestimmten Bedingungen aus:** der französische Unterhändler müßte durch eine Regierung der nationalen Einigung unterstützt werden, die die notwendige Autorität besitze und Vertreter aller Parteien umfasse. Außerdem **müßten das Prestige und die Stärke des französischen Heeres wieder hergestellt werden.** Ferner seien die Bande zwischen Frankreich, Polen und der Kleinen Entente enger zu knüpfen.

Der Ausschußvorsitzende **Herriot** erklärte, **die Zeit werde eine Annäherung mit Deutschland erleichtern,** doch müßten die Anhänger direkter Besprechungen bedenken, daß solche Verhandlungen die Kleine Entente verstimmen könnten. Jedesmal, wenn die französische Regierung, so behauptete Herriot, friedliche Versicherungen von der Reichsregierung erhalten habe, seien die gegebenen Zusagen durch die Tatsachen widerlegt worden. **Wenn man in Frankreich eine Annäherung mit Deutschland wünsche, so dürfe man doch nicht den Völkerbund aus dem Auge verlieren,** der der Sache des Friedens schon viele Dienste geleistet habe und der fortbestehen müsse, um sein Werk zu vollenden.

Entlarvte Provokateure

Wegen der Verbreitung von Flugschriften, die Angriffe gegen den Heimatschutz enthalten, waren in Lavamünd bei Klagenfurt der Ortsgruppenführer Binder und der Propagandaleiter Mitteregger der NSDAP verhaftet worden. Es stellte sich aber heraus, daß die Verhafteten schuldlos waren. Dagegen wurden in der Folgezeit der Schriftführer der Vaterländischen Front und des Heimatschutzes, Gallant, sowie der Hilfspolizist Trattnig verhaftet, denen nachgewiesen wurde, daß sie die Flugblätter verbreitet haben und Papierböller zur Explosion bringen wollten. Sie legten ein Geständnis ab, aus dem hervorging, daß sie die Handlungen begangen hatten, um die NSDAP damit zu belasten.